

Der Ressortwechsel in der Regierung gibt Gelegenheit, über die Folgen einer allgemeinen Lohnuntergrenze noch einmal nachzudenken

Mindestlohn und Arbeitsrealität

Von Gerd Held

Der Bundeswirtschaftsminister hat sein Veto gegen die Vereinbarung eines Mindestlohns in der Abfall- und Entsorgungsbranche eingelegt. Ein Treffen zum gleichen Thema im Pflegebereich wurde überraschend abgesagt. Das sind hoffnungsvolle Zeichen. Lange Zeit schien das Thema „Mindestlohn“ eine Einbahnstrasse, auf der nur hinhaltender Widerstand möglich war. Auch von der CDU/CSU war das Argument, dass eine Abschottung nach unten eine unsoziale Beschädigung des deutschen Arbeitsmarktes bedeutet, kaum noch zu hören. Jetzt aber, so scheint es, kommt die grundsätzliche Frage wieder auf den Tisch. Das ist gut, denn die jüngeren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen lassen das Thema in einem neuen Licht erscheinen. Eine Erweiterung des Arbeitsmarktes im unteren Segment wird dringend gebraucht – nicht für den Profit von wenigen, sondern für den allgemeinen Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt.

Das Feld der Pflgetätigkeiten kann das veranschaulichen. Es ist sowohl nach oben, in höhere Qualifikationen, als auch nach unten gewachsen. Wissenschaftliche Qualifikationen, berufsfachliche Qualifikationen und Anlern-Qualifikationen stehen heute nebeneinander. Mehr noch: Mit der Einführung der Pflegeversicherung ist die Betreuung durch Familienangehörige zum anerkannten, bezahlten Teil der Pflegeversorgung in unserem Land geworden. Mit Erfolg. Das System funktioniert, ohne dass die Angehörigen besonders qualifiziert würden, mit einem halbjährigen Beratungs- und Kontrollbesuch durch Fachkräfte. Ohne diese elementare Tätigkeitsstufe wäre

die Versorgung in Deutschland nicht zu schaffen. Aber diese Stufe ist bisher familiären Beziehungen vorbehalten und das erweist sich immer mehr als unzureichend. Wo es keine Angehörigen mehr gibt oder diese entfernt leben, wo überhaupt die Familienbande sich gelockert haben und die Single-Existenzen zunehmen, greift dies System nicht. Würden man in allen diesen Fällen sofort zur ambulanten oder stationären Versorgung übergehen, würde das in kürzester Zeit die Grenzen des Bezahlbaren sprengen. Gebraucht wird also ein Angebot auf der elementaren Ebene, auf der bisher nur die Betreuung durch Angehörige vorhanden ist. Wie sehr es gebraucht wird, zeigt die Entstehung eines grauen Marktes von Pflegekräften, der Beachtliches leistet und eigentlich schon unersetzlich ist. Ein Mindestlohn würde hier doppelt zerstörend wirken. Er würde viele dieser Pflegenden um Arbeit und Brot bringen. Und er würde zu einer bedrohlichen Lage der Pflegebedürftigen führen. In einer nahen Zukunft müssten viele erfolglos irgendeine bezahlbare Form von Pflegedienst suchen, die Notrufe würden sich häufen, in vielen Wohnungen käme es zu schlimmen Verwahrlosungen und Unfällen. Wir brauchen hier einen regulären Arbeitsmarkt, der die wachsenden Herausforderungen auffangen kann – also das Gegenteil einer harten Mindestlohngrenze.

Diese Situation ist durchaus typisch. Das Thema reicht weit über die Pflege hinaus. Wenn man sich heute in einer Großstadt umschaute, sieht man überall Aufgaben für „Mikrodienste“: Kinderbetreuung, Einkauf, Reparatur, Renovierung, Botengänge, Grünflächen-Reinigung, Altmaterial-

Sammlung, einfache Wachdienste... Viele dieser Tätigkeiten berühren die umstrittenen Mindestlohnbranchen. Wenn in der Abfall- und Entsorgungsbranche ein Mindestlohn von 8,02 Euro gezahlt werden müsste, bliebe einfach viel liegen. Denn die Wertschöpfung vieler Verrichtungen in diesem Bereich ist sehr gering. Unsere moderne Welt besteht aus viel Kleinarbeit. Gewiss gibt es die Gefahr des Missbrauchs. Wenn der Arbeitsmarkt um eine neue untere Stufe erweitert wird, wird es Versuche geben, andere Tätigkeiten dorthin abzustufen. Aber diese Gefahr gab es auch bei den schon bestehenden Stufungen und die Gewerkschaften haben sich ihr zu erwehren gewusst.

Die Alternative zum Mindestlohn ist die sorgfältige Regelung einer bisher ausgeblendeten Arbeitswelt. Viele Fragen sind hier offen. Das spricht dafür, in der kommenden Legislaturperiode in Ruhe neu zu überlegen und bei den Mindestlöhnen ein Moratorium einzulegen. Die Kabinettsumbildung ist eine Chance. Im Viereck zwischen Arbeits-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungsministerium könnte die Arbeitsmarktreform wieder Schwung bekommen. Aber auch SPD und Grüne sollten sich vor schnellen Urteilen hüten. Haben sie sich nicht auf einen Irrweg begeben, als sie sich so einseitig auf den Mindestlohn und damit auf eine Politik der Ausgrenzung festgelegt haben?

(Manuskript vom 6.10.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 7.10.2009 unter der Überschrift „Neu nachdenken über den Mindestlohn“)